

Liebe Genossinnen und Genossen,

wieder ist ein Bericht über eine Ratssitzung fällig, allerdings diesmal ziemlich unspektakulär.

Aufreger zu Beginn

Die Ratssitzung begann eine Stunde später als üblich, weil wenig strittige Punkte auf der Tagesordnung waren. Aber gleich zu Beginn gab es den ersten Aufreger – wegen Eckart und Ziegler und der BIBS. Auf der Tagesordnung standen nämlich mehrere Anträge, die das Gewerbegebiet in Thune betreffen. Hier arbeitet insbesondere die Firma Eckert und Ziegler mit radioaktivem Material. Seit diese Firma andeutete, Interesse an der Aufarbeitung von Atommüll zu haben, steht sie im Kreuzfeuer der Kritik. Durch eine Bebauungsplanänderung mit vorheriger Veränderungssperre wollen wir verhindern, dass diese Betriebsteile ausgedehnt werden können. Darauf bezogen sich die Anträge, und deshalb war eine Anzahl von Einwohnern bei der Sitzung anwesend. So weit so gut. Rats Herr Rosenbaum nutzte die Gelegenheit, sich durch eine Dringlichkeitsanfrage zu profilieren. Er wollte nämlich wissen, ob das niedersächsische Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Leese geschlossen und dafür in Thune neu errichtet werden solle. Zumindest der zweite Teil ist vollkommen aus der Luft gegriffen – den ersten Teil kennt in Braunschweig auch niemand – und sollte offensichtlich nur dazu dienen, die Stimmung anzuheizen. Um die Anfrage auf die Tagesordnung zu setzen, hätte ihre Dringlichkeit anerkannt werden müssen, und dazu waren die anderen Fraktionen nicht bereit. Und schon gab es Proteste der anwesenden Bürgerinnen und Bürger aus Thune – allerdings vollkommen zu Unrecht.

Die Beratung der Anträge zu dem Bebauungsplan wurde übrigens auf die Dezembersitzung des Rates verschoben, weil es einige überraschende Mitteilungen der Verwaltung über Rechtsfragen in diesem Zusammenhang gab und niemand die Rechtskraft des zu erstellenden Bebauungsplanes gefährden wollte. Diese Verschiebung wurde gleich zu Beginn der Sitzung erklärt, damit die zu diesem Punkt erschienenen Zuhörer nicht stundenlang auf etwas warten mussten, was dann doch nicht kam. So leerte sich die Zuhörertribüne sehr schnell.

Preisgünstig zur Miete wohnen

Es folgte die Fragestunde. Mehrere Nachfragen entspannten sich an einer Anfrage der Grünen zum Thema Preiswerter Wohnraum. Offensichtlich hatten auch viele Ratsmitglieder nicht mitbekommen, dass es dazu längst einen Beschluss des Finanzausschusses gibt. **Nicole Palm** wies für uns darauf hin, dass die Nibelungen-Wohnbau-GmbH durch einen von uns beantragten Beschluss beauftragt wurde, ein solches Programm zu entwickeln, und dass der Niwobau dafür in diesem Jahr 1,5 Mio. Euro Barmittel zur Verfügung gestellt wurden. Wir werden da nachhaken.

Dr. Hoffmann darf in den Ruhestand gehen

Möglicherweise der wichtigste Punkt folgte unmittelbar nach der Fragestunde: Der Rat beschloss: „Dienstliche Gründe stehen der Versetzung von Herrn Dr. Hoffmann in den Ruhestand zum 01.07.2014 nicht entgegen.“

In der Ratsvorlage wird kurz darauf hingewiesen, dass Dr. Hoffmann in Kürze einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand stellen werde und der Rat als Dienstvorgesetzter feststellen müsse, ob dienstliche Gründe dagegen sprächen. Seltsamerweise gab es keine solchen Gründe, was der Rat ohne Aussprache einstimmig feststellte.

Aufsichtsräte und Ratsmehrheiten

Einen kleinen Anflug von Wahlkampf gab es dann doch noch, als CDU-Fraktionsvorsitzender Wendroth die Erhöhung der Zahl der Aufsichtsratsmitglieder bei der Stadtbad GmbH rügte, die auf unseren Antrag erfolgt war. Er „vergaß“ die Begründung dafür zu erwähnen, nämlich dass dieser Aufsichtsrat die Umsetzung des Ratsbeschlusses bezüglich Freibad Waggum mit CDU-Mehrheit zu verhindern versucht hatte. So etwas geht künftig nicht mehr – die Ratsmehrheit hat unabhängig von ihrer Zusammensetzung immer auch eine Mehrheit im Aufsichtsrat. Der einzige Vorwurf, den man uns machen kann, ist, dass wir das nicht schon zu Beginn der Ratsperiode so beschlossen haben. Wir konnten uns damals aber einfach nicht vorstellen, dass die CDU politische Auseinandersetzungen aus dem Rat auch in die stadteigenen Gesellschaften tragen würde. Wir haben das nie gemacht, weil eine Parteipolitisierung die Arbeit im Interesse des Unternehmens erschwert. Die CDU scheint solche Skrupel nicht zu haben. Darauf muss man dann eben reagieren.

Schulentwicklungsplan

Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte verpflichtende Schulentwicklungspläne abgeschafft, und die schwarz-gelbe Ratsmehrheit hatte freiwillige Schulentwicklungspläne abgelehnt. Dabei ist die Notwendigkeit, die Schulentwicklung mittel- und langfristig zu planen. Bei allen unstrittig, die auch nur etwas vom Schulwesen verstehen. Jetzt beschloss der Rat mit großer Mehrheit, eine neue umfassende Schulentwicklungsplanung einzuleiten. So weit so gut – wenn nicht die Fraktion der Linken versucht hätte, die Frage einer 6. IGS in diese Diskussion einzubringen. Für uns erklärte **Christoph Bratmann**, dass die Notwendigkeit einer weiteren IGS nach den bisherigen Zahlen unstrittig sei, dass man aber über Standort und Ausstattung erst reden könne, wenn man eine bessere Übersicht über die Entwicklung der Schülerzahlen für die einzelnen Schulformen erreicht habe. Er verwies mit berechtigtem Stolz auch darauf, dass wir derzeit ja zwei IGSSen in der Entwicklung haben, die sich ungestört weiter entwickeln sollen.

BraWo-Park

Bei wenigen Gegenstimmen wurde der Bebauungsplan für den BraWo-Park verabschiedet – also für das ehemalige Postgelände am Hauptbahnhof. **Stadtbaurat Leuer** verwahrte sich zu Recht gegen Vorwürfe, hier seien Entscheidungen am Rat vorbei vorbereitet und umgesetzt worden.

Das Sein bestimmt das Bewusstsein

Und nun begann die Beratung der Anträge der Fraktionen. Im ersten Antrag wollte die CDU der Landesregierung Bruch eines Wahlversprechens vorwerfen, nämlich das Einbehalten von Bundesmitteln, die zur Entlastung der Kreise und kreisfreien Städte gedacht waren. Der Bund übernimmt nämlich die Kosten der Grundsicherung im Alter – bisher eine kommunale Aufgabe. Die letzte Rate dieser Entlastung in Höhe von 107 Mio. Euro jährlich behält nämlich das Land ein, weil es sich im Gegensatz zu der Mehrheit der Bundesländer bisher schon in vergleichbarer Höhe an diesen Kosten beteiligt.

Auch in dieser Sache bestätigt sich der alte Spruch von Karl Marx: „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“, denn die neue Landesregierung SPD/Grüne – und damit auch diese Landtagsfraktionen – übernimmt nahtlos die Position der schwarz-gelben Vorgängerregierung, die von der damaligen Opposition noch angegriffen wurde, während die

damaligen Regierungsfractionen jetzt als Opposition genauso nahtlos die Haltung der damaligen Opposition übernimmt. Nur die kommunale Ebene – also wir – bleiben die Gebeutelten ...

In der Einsicht, dass derzeit kein Wahlkampf herrscht, wurde der CDU-Antrag mehrfach umformuliert, so dass ihn schließlich der Rat einstimmig verabschieden konnte, einschließlich der Landtagsabgeordneten. Die Kritik wurde herausgenommen und die Notwendigkeit unterstrichen, den kommunalen Finanzausgleich zugunsten Braunschweigs zu verbessern.

Klinikdienste in den TvöD?

Den Klinikdiensten, einer Tochtergesellschaft des Städtischen Klinikums, wurde auf unsere Initiative hin die Reinigung der städtischen Liegenschaften übertragen. Wie wollten damit die Beschäftigten aus einer Situation herausholen, in der das Unterlaufen von Tarifverträgen an der Tagesordnung ist. Die Linken gingen weiter – sie wollten alle diese Beschäftigten in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes überführen. Das war nie unsere Absicht, und deshalb lehnten wir wie eine große Mehrheit des Rates den Antrag ab.

Interessant war das Abstimmungsverhalten der Grünen: In dieser 7-Personen-Fraktion gab es alle drei denkbaren Möglichkeiten: Zustimmung, Ablehnung, Stimmenthaltung. So neutralisierte sich die Fraktion selbst – etwas merkwürdig für eine Partei, die mit der Benennung eines OB-Kandidaten Führungsansprüche anmeldet. Aber es kommt noch besser.

Badezentrum Gliesmarode

Vor einer Reihe von Jahren fiel im Rat die Entscheidung, das Badezentrum Gliesmarode wegen hoher Kosten nicht zu sanieren, sondern durch einen Neubau zu ersetzen. Das hätte wohl kaum Probleme bereitet, wenn der Neubau an der gleichen Stelle errichtet worden wäre. Aber der Neubau sollte aus mehreren nachvollziehbaren Gründen statt dessen an der Hamburger Straße erfolgen – nicht zur Freude der Badbenutzer im Osten der Stadt, die zu dem neuen Bad längere Wege haben als bis zu dem alten. Deshalb gibt es dort immer wieder Proteste. So ist das eben – die Bewohner der Nordstadt mit kürzeren Wegen zum neuen Bad protestieren natürlich nicht.

Es ist politisch zulässig, wenn auch nicht besonders ehrlich, zu versuchen, diese Protestler parteipolitisch zu vereinnahmen. Man sollte sich aber überlegen, was man tut. Die Mitarbeiter der Stadtbad GmbH im Badezentrum Gliesmarode werden im neuen Bad benötigt. Deshalb ist ein Parallelbetrieb beider Bäder nicht möglich. Und es wäre ein Schildbürgerstreich, das neue Bad nach Fertigstellung nicht sofort zu eröffnen, sondern bis zum Schuljahresende zu warten. Beides wurde von einzelnen Rednern von Linken und Grünen gefordert, und beides wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch hier leisteten sich die Grünen in ihrer Fraktion alle drei Möglichkeiten der Abstimmung – Kommentar siehe oben.

Bis bald

Die Dezemberratssitzung wirft ihre Schatten voraus. Dann wird der Haushalt 2014 verabschiedet. Dann folgt der nächste Bericht. Bis dahin – viele Grüße!

Manfred